

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zeitplan für die Neuorganisation der Veterinär- und Lebensmittelüberwachung (Drs. 17/11078)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Kollegin Steinberger vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Herr Präsident, Frau Ministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das System der Lebensmittelkontrolle in Bayern muss reformiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das steht außer Frage. Das ist aber auch ein Erfolg der Opposition im Bayerischen Landtag. Wenn wir nicht gewesen wären, hätte der Bayern-Ei-Skandal keine Folgen gehabt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von der CSU: Oh mei!)

Wenn es nach der CSU gegangen wäre, hätte man die Missstände in der Lebensmittelkontrolle einfach ignoriert. Das muss einmal gesagt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Aber nun soll es deutlich besser werden. Das wurde im Parlament festgestellt. Deshalb möchte das Parlament dabei auch mitreden. Aus diesem Grund wurde in der Plenarsitzung am 17. Februar 2016 eine Anhörung beschlossen. Diese Anhörung wird am 27. Oktober dieses Jahres stattfinden. Zugegeben, das dauert sehr lange, aber im Umweltausschuss wurde leider kein besserer Termin gefunden. Die Fraktionen sind gerade dabei, den Fragenkatalog zu entwerfen und Sachverständige einzuladen. In diesen Abstimmungsprozess platzte nun wie eine Bombe die Nachricht, die Staatsregierung habe sich mit den Landräten bereits geeinigt. Die Lebensmittelüberwachung für lokale Erzeuger soll weiter bei den Landratsämtern bleiben. Nur Risikobetriebe sollen in die Kontrolle der Bezirksregierungen übergehen. Wer aber diese Risikobetriebe benennt, das ist nicht klar. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das bezeichne ich als eine deutliche Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben die Reformen angestoßen. Wir wollen deshalb auch bei der Umsetzung ein Wort mitreden. Ich verstehe, dass die Landräte keine Kompetenzen abgeben wollen. Es macht vielleicht auch Sinn, nicht alle Betriebe von Zentraleinheiten kontrollieren zu lassen. Die Entscheidung darüber, welches System das Beste ist, kann aber nicht in einer Absprache zwischen der Staatsregierung und den Landräten getroffen werden. Liebe Frau Ministerin, so geht das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wehren uns auch dagegen, dass das Parlament vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Unser Antrag für einen Zeitplan wurde im Umweltausschuss leider abgelehnt. Die GRÜNEN wollten einen Zeitplan vorgelegt bekommen, wann mit der Umsetzung des ORH-Gutachtens zu rechnen ist. Es wurde uns bereits ein Masterplan angekündigt. Den möchten wir nun auch gerne sehen. In diesen Zeitplan soll auch die Anhörung des Umweltausschusses eingebettet sein. Eine grundlegende Neuorganisation der Lebensmittelüberwachung in Bayern ist schließlich kein Pappenstiel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind bereit, unseren Beitrag zu dieser Reform zu leisten. Wenn Sie nun aber im Alleingang ein Reförmchen auf den Weg bringen, mit dem Sie keinem wehtun wollen, am wenigsten den Landräten, dann habe ich die Befürchtung, dass gute Ansätze im Keim stecken bleiben. Dabei will ich den Landratsämtern durchaus nicht ihre Kompetenz absprechen. Das bisherige System hat aber grundlegende Mängel, die durch die Auslagerung einiger weniger Großbetriebe nicht behoben werden. Das ORH-Gutachten hat in relativ kurzer Zeit eine ganze Reihe von Mängeln aufgezeigt. Diese Mängel müssen abgestellt werden. Ich möchte nur erwähnen: die Anzahl der Kontrollen, die Koordination der Kontrollbehörden, die Rotation der Amtstierärzte, die Überwachung der Eigenkontrollen usw. Es kann nicht sein, dass es nach der Auslagerung von ein paar Risikobetrieben, die die Landräte natürlich selber gerne loswerden wollen, mit dem Rest so weitergeht wie bisher. Deshalb fordern wir: Lassen wir uns den Zeitplan vorlegen! Machen wir eine Reform aus einem Guss, und nehmen Sie, Frau Scharf, das Parlament mit! Das sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Leider müssen wir das aber immer wieder einfordern.

Natürlich ist es notwendig, seitens der Staatsregierung bereits jetzt Vorschläge zu erarbeiten, die dann in der Anhörung besprochen und von den geladenen Experten bewertet werden können. Aber das dürfen eben nur Vorschläge sein, keine Festlegungen, sonst ist die Anhörung sinnlos, und der Landtag wird übergangen.

Ich bitte deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. Es wurde ja schon Zustimmung signalisiert. Das freut mich sehr. Damit zeigt das Parlament etwas mehr Selbstbewusstsein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

– Nur noch eine kleine Anmerkung: Unser Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/11078 wird abgeändert. Es heißt im Text nicht mehr "... schnellstmöglich einen konkreten Zeitplan vorzulegen, ...", sondern "... schnellstmöglich den geplanten Zeitplan vorzulegen, ...". Das hat die CSU-Fraktion so gewünscht. Dem entsprechen wir gerne.

(Beifall bei den GRÜNEN)